

Philippinen: Zerrüttete Leben Nach dem bewaffneten Konflikt in Mindanao von 2008/2009

Kurzfassung des gleichnamigen ausführlichen Berichtes von Amnesty International von August 2009. Deutsche Übersetzung durch die Philippinen-Koordinationsgruppe der deutschen Sektion von Amnesty International. Verbindlich ist das englische Original mit dem Titel „Philippines: Shattered Lives - Beyond the 2008-2009 Mindanao Armed Conflict“

„Wir haben einen jahrhundertealten Konflikt in Mindanao geerbt, verschlimmert durch eine politisch populäre aber kurzsichtige Politik der massiven Vergeltung. Allein das hat die andere Seite provoziert, den Krieg fortzusetzen.“

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo in ihrer Rede zur Lage der Nation am 27. Juli 2009

Zusammenfassung des Berichtes

Am 29. Juli 2009 hat wieder einmal eine Runde im Kampf zwischen den Truppen der philippinischen Regierung und der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) geendet. Die Feindseligkeiten 2008-2009, die insgesamt 750.000 Personen aus ihrer Heimat vertrieben und zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen führten, endeten offiziell mit einer Vereinbarung, Friedensverhandlungen aufzunehmen. Ein Jahr nach dem erneuten Ausbruch von Gewalt zwischen Sicherheitskräften der Regierung und bewaffneten Gruppen beginnt Mindanao ein mögliches Ende der Unruhe und Ungewissheit zu sehen und vielleicht sogar ein Ende des vierzigjährigen bewaffneten Konfliktes.

Das Leben hunderttausender Menschen in Zentralmindanao wurde durch den bewaffneten Konflikt zerrüttet. Sie ertrugen die Risiken ungesetzlicher Tötungen, „Verschwindenlassen“, Folter, willkürlicher Festnahme, Vertreibung und Niederbrennen und Zerstörung ihrer Häuser durch die philippinische Armee, die Kämpfer der MILF und lokale Milizen. Ohne Hilfsmittel für ihren Lebensunterhalt sind diese Menschen abhängig von äußerer Hilfe.

Im Mai 2009 wurde der Konflikt in Mindanao als derjenige weltweit mit der größten Anzahl von internen Flüchtlingen identifiziert¹ und mit der am meisten vernachlässigten Flüchtlingssituation im Jahr 2008.²

Ende Juli 2009 waren noch viele Flüchtlinge nicht in der Lage, in ihre Dörfer zurückzukehren. Sie leben in Furcht und Ungewissheit in überfüllten Lagern, bei ihren Verwandten oder in Behelfshütten am Rande der Straßen. Da sie ihr Land nicht bewirtschaften können, sind sie von Essensrationen und anderer Hilfe abhängig. Für viele große Familien reichen die Essensrationen nicht aus. Familienmitglieder müssen daher in ihre Dörfer zurückgehen, um nach Nahrung zu suchen oder nach etwas zum Verkauf. Dabei riskieren sie ihr Leben. Im Juni 2009 hat die philippinische Regierung Hilfsorganisationen davor gewarnt, größere Lebensmittelrationen in die Hand von Flüchtlingen zu geben, um zu verhindern, dass Lebensmittel in die Hand der MILF gerieten oder an Händler verkauft würden.³

Nachdem es jetzt einen Waffenstillstand gibt, müssen beide Konfliktparteien dringend eine sichere Rückkehr nach Hause für die mehr als 240.000 internen Flüchtlinge garantieren.⁴ Sie sollten auch zusammenarbeiten, um eine umfassende, unparteiische und gründliche Untersuchung aller Beschuldigungen schwerer Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts während der kürzlich beendeten Feindseligkeiten zu ermöglichen. Es ist von vitalem Interesse, dass denjenigen, deren Leben durch die Verbrechen erschüttert wurde, schnelle Gerechtigkeit zuteil wird. Denn bewaffnete Konflikte, die häufig aus der Wahrnehmung von Unrecht entstehen, werden genährt durch ungelöste Streitfälle aus der Vergangenheit des Konfliktes und durch langjährige Versäumnisse, die Täter schwerer Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen.

Die Kämpfe eskalierten im August 2008, nachdem das Oberste Gericht der Philippinen die formelle Unterzeichnung der Vereinbarung zum Land der Vorfahren (Memorandum of Agreement on Ancestral Domain – MoA) aufschob. Dieses Dokument hätte später zu einer Ausweitung des autonomen Gebietes von Muslim Mindanao geführt. Als Antwort darauf griffen Kämpfer der MILF Zivilisten an, und die Kämpfe zwischen den Sicherheitskräften und der MILF verstärkten sich. Im Oktober 2008 erklärte das Gericht die Vereinbarung für verfassungswidrig. Die Kämpfe dauerten an, als Regierungstruppen Militäroperationen unternahmen, um der MILF Kommandeure habhaft zu werden, die die Angriffe auf Zivilisten angeführt hatten.

Der bewaffnete Konflikt in Zentralmindanao, offiziell zwischen philippinischer Regierung und MILF, wurde weiter durch gewaltsame Akte anderer bewaffneter Gruppen, Privatarmeen und mächtiger feudaler Clans verschärft.

Die philippinische Regierung erklärte die Einstellung der Militäroperationen und die MILF erklärte die Einstellung der militärischen Aktivitäten am 23. bzw. 24. Juli 2009. Zur selben Zeit erklärte die philippinische Armee (AFP), dass die Suche nach den MILF Kommandeuren Ameril Umbra Kato, Abdullah Macapaar und Ali Pangalian weitergehe. Die Armee werde weiterhin die Philippinische Nationalpolizei (PNP) bei Operationen unterstützen. Diese wird nach Ergreifung der Kommandeure diesen die Haftbefehle wegen krimineller Vergehen wie Mord, Brandstiftung und Raub vorlegen. Amnesty International ruft die philippinische Regierung auf zu gewährleisten, dass solche gemeinsamen polizeilich-militärischen Verfolgungsmaßnahmen keine weiteren Menschenrechtsverletzungen in Zentralmindanao⁵ und in der autonomen Region von Muslim Mindanao (ARMM) hervorrufen.⁶

Im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt haben Amnesty International und andere Menschenrechtsbeobachter wie auch humanitäre Helfer sowohl über Fälle von willkürlicher Inhaftierung, Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Bestrafung, „Verschwindenlassen“, politische Morde, Hauszerstörung berichtet als auch über Behinderung des Zugangs zu Hilfe.

Im März 2009 besuchte Amnesty International Mindanao, einschließlich der Städte Davao, Cotabato und Iligan und der Provinzen Nord Cotabato und Maguindanao, um sich aktuell aus erster Hand über die Menschenrechtssituation zu informieren. Die Organisation sammelte Berichte von lokalen Menschenrechtsbeobachtern, humanitären Helfern, vom Militär, von der MILF, der philippinischen katholischen Kirche, lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen und von den Medien. Dieser Bericht ist eine Fortsetzung des Berichtes „Shattered Peace in Mindanao: The Human Cost of Conflict in the Philippines“ (AI Index: ASA 35/008/2008), publiziert von Amnesty International im Oktober 2008.

Der vorliegende Bericht richtet sein Augenmerk auf die Situation der internen Flüchtlinge und auf die Menschenrechtsverletzungen und die Verletzungen des humanitären Völkerrechtes im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt in der Provinz Maguindanao, die ein Bollwerk der MILF war und im größten Teil der Zeit ein Schwerpunkt des bewaffneten Konfliktes. Amnesty International interviewte Opfer, ihre Familien und Zeugen als auch Mitglieder der Zivilgesellschaft der Provinz. Einige der Fälle in diesem Bericht wurden durch Interviews und Dokumentationen von unabhängigen humanitären Helfern und Menschenrechtsbeobachtern der Gemeinden belegt.

Amnesty International ergreift generell nicht Partei in bewaffneten Konflikten, auch nicht im Konflikt zwischen philippinischer Regierung und MILF. Im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt konzentriert sich die Organisation darauf, Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechtes zu dokumentieren und in Kampagnen einzubeziehen, unabhängig davon, wer sie begeht.

Amnesty Internationals Besorgnisse

Wo ein bewaffneter Konflikt sich verlängert, folgen unweigerlich Leid und Entbehrung. Bewaffnete Konflikte sind meistens die Brutstätte massenhafter Menschenrechtsverletzungen.

Alle Parteien eines bewaffneten Konfliktes sind verpflichtet, das humanitäre Völkerrecht zu achten und insbesondere den gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Konventionen von 1949, der jeden Angriff auf Personen untersagt, „die nicht direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen“, sowie das zweite optionale Protokoll der Genfer Konventionen, das ähnliche Bestimmungen enthält. Darüber hinaus gelten die internationalen Menschenrechtsnormen im Krieg wie im Frieden. Amnesty International ruft die Konfliktparteien auf, vor allem die philippinische Regierung und die MILF, explizit die Verpflichtung zu zeigen, unmittelbar und bedingungslos alle Verletzungen der internationalen Menschenrechtsvorschriften und des humanitären Völkerrechtes einzustellen, einschließlich von - aber nicht beschränkt darauf - Angriffen auf Zivilisten, wahllosen Angriffen, Niederbrennen und Zerstören von zivilem Eigentum, willkürlichen Verhaftungen, Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung oder Strafe, „Verschwindenlassen“ und ungesetzliche Tötungen, einschließlich - aber nicht begrenzt darauf - politischer Morde.⁷

Die philippinische Regierung muss den Schutz der Zivilisten gewährleisten, die durch den Konflikt betroffen sind, insbesondere den der Flüchtlinge. Sie muss außerdem gewährleisten, dass den Flüchtlingsfamilien genügend Nahrung, Zugang zu Trinkwasser und freie medizinische Behandlung zur Verfügung gestellt wird.

Die philippinische Regierung und die MILF müssen voll kooperieren, um sofortige unparteiische und gründliche Untersuchungen in alle Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen humanitären Völkerrechtes zu ermöglichen. Berichte der Untersuchungen sollten öffentlich gemacht werden. Täter, unabhängig von ihrem Rang, müssen vor Gericht gestellt werden in Verhandlungen, die internationalen Standards von Fairness entsprechen. Den Opfern muss Wiedergutmachung zugesichert werden.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Das Versäumnis sowohl der philippinischen Armee als auch der MILF zu gewährleisten, dass ihre Streitkräfte sich während des Konfliktes 2008/2009 an internationale Rechtsvorschriften halten, hat zu Menschenrechtsverletzungen geführt und zu Verletzungen des humanitären Völkerrechtes. Das Fehlen neutraler Menschenrechtsbeobachter, die durch beide

Konfliktparteien respektiert worden wären, bedeutete, dass effektive Untersuchungen nicht stattfanden und Täter nicht vor Gericht gebracht wurden.

Die Präsenz bewaffneter Gruppen und privater Milizen sowie lokale Auseinandersetzungen zwischen feudalen Clans haben die sowieso schon brisante und komplexe Situation verschärft. Im Zentrum des bewaffneten Konfliktes stehen die Leben hunderter und tausender von Zivilisten, die vertrieben wurden. Sie stehen vor einer ungewissen Zukunft, abhängig von Hilfe, ohne sichere Perspektive für den Lebensunterhalt, ohne sichere Gemeinschaften oder wenigstens Wohnungen, in die sie zurückkehren können.

Die kürzliche Einstellung der Feindseligkeiten sorgt für eine viel erwartete Ruhepause für die vom Konflikt betroffene Bevölkerung. Die Wiedereröffnung der Friedensgespräche eröffnet der philippinischen Regierung und der MILF die wichtige Chance, die Menschenrechte ins Zentrum der neuen Verhandlungsrunde zu stellen. Wie in anderen Konflikten in der Welt, so hat sich auch der Konflikt in Mindanao aus ungelösten Missständen aus der Geschichte des Konfliktes genährt. Diese Missstände resultieren oft aus schweren Menschenrechtsverletzungen und daraus, dass die Verantwortlichen für diese Verletzungen in der Vergangenheit nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.

Amnesty International gibt folgende Empfehlungen für die philippinische Regierung, die MILF und die internationale Gemeinschaft.

Empfehlungen an die philippinischen Autoritäten

1. Die Sicherheitskräfte der Regierung, die die Armee (AFP) und die bewaffneten regierungsnahen Milizen wie CAFGU und CVO umfassen, müssen sofort alle Menschenrechtsverletzungen stoppen und alle Maßnahmen ergreifen, die eine Wiederholung in der Zukunft ausschließen.
2. Die philippinische Regierung, insbesondere das Verteidigungsministerium mit Bezug auf die Mitglieder der Sicherheitskräfte der Regierung, sollte sofortige, unparteiische und gründliche Untersuchungen aller Beschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts einleiten.
 - Zeugen und Familien der Opfer sollten vor Gewalt, Drohungen oder anderen Einschüchterungen geschützt werden. Diejenigen, gegen die als mutmaßliche Täter ermittelt wird, sollten aus jeder Position suspendiert werden, in der sie Einfluss auf Zeugen, Opfer und Opferfamilien ausüben können.
 - Individuen, die durch die Untersuchung als verantwortlich identifiziert werden, einschließlich derer mit Kommandoverantwortung unabhängig von ihrem Rang, müssen vor Gericht gestellt werden in Verfahren, die internationalen Standards von Fairness entsprechen. Ein Beschuldigter kann sich nicht auf einen Befehl eines Vorgesetzten oder einer öffentlichen Autorität als Rechtfertigung für das Begehen einer schweren Menschenrechtsverletzung oder der Verletzung des humanitären Völkerrechtes berufen.
 - Die Berichte über diese Untersuchungen sollten veröffentlicht werden.
 - Den Opfern muss Wiedergutmachung zugesichert werden in Übereinstimmung mit internationalen Standards. Solche Wiedergutmachung muss Wiederherstellung, Entschädigung, Rehabilitation, Genugtuung und Garantien der Nichtwiederholung beinhalten.
3. Die philippinische Armee muss ihre Verpflichtung für die Menschenrechte demonstrieren dadurch, dass ihr Menschenrechtsbüro mit Kompetenzen ausgestattet wird, alle Fälle von Verletzungen des humanitären Völkerrechtes und von Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, die von Sicherheitskräften der Regierung begangen werden. Das schließt ein, aber ist nicht beschränkt auf, Zerstörung von zivilen Häusern und Eigentum, willkürliche

Verhaftungen, „Verschwindenlassen“, ungesetzliche Tötungen einschließlich politischer Morde, sowie Folter und andere grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlung.

- Das Menschenrechtsbüro der AFP muss das Mandat und genügend Kapazität haben, detaillierte und unparteiische Untersuchungen selbst durchzuführen, und darf sich nicht auf die Untersuchungen durch regionale Kommandostellen an den eigenen Leuten verlassen.
4. Die Regierung sollte die Sicherheit und das Wohlergehen der internen Flüchtlinge sicherstellen, in Übereinstimmung mit internationalen Rechtsvorschriften und Standards, einschließlich der UN-Richtlinien für interne Flüchtlinge.
 - Insbesondere muss sie sicherstellen, dass das Leben der Flüchtlinge nicht gefährdet wird durch wahllose Angriffe oder andere Gewaltakte.
 - Sie muss gewährleisten, dass den Flüchtlingen als Minimum angemessenes Essen und Trinkwasser, sowie angemessene Unterbringung, Kleidung und notwendige medizinische Betreuung und sanitäre Anlagen zur Verfügung gestellt werden.
 - Sie muss humanitären Akteuren ungehinderten Zugang in alle Gebiete unter ihrer Kontrolle garantieren, so dass sie unverzüglich interne Flüchtlinge und andere Zivilisten in Gefahr erreichen können.
 - Sie muss in Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen einen nachhaltigen und umfassenden Aktionsplan für ihre sichere und freiwillige Rückkehr in ihre Dörfer erstellen und verwirklichen. Dieser soll allen Rückkehrern ein Leben ohne Bedrohung ihrer Sicherheit und unter menschenwürdigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen ermöglichen. Das schließt Vorkehrungen zur Versorgung mit angemessener Nahrung, Wohnung und Bestreitung des Lebensunterhalts nach der Rückkehr ein, entsprechend den Empfehlungen von DOH-UNICEF-UNWFP in ihrem gemeinsamen Gutachten zur Ernährungssicherung für interne Flüchtlinge.
 - Sie sollte gewährleisten, dass Eigentum und andere Rechte voll wieder hergestellt werden. Im Falle zerstörten oder unerreichbaren Eigentums muss sie für angemessene Entschädigung der Flüchtlinge sorgen, unabhängig von der Rückkehr an ihren permanenten Aufenthaltsort.
 5. Die philippinische Regierung muss Verantwortung für die Sicherheit von Zivilisten übernehmen, die in Gegenden leben, die vom Konflikt betroffen sind, unabhängig von ihrer Religion, ihrer politischen Neigung oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Insbesondere muss sie konkrete Schritte unternehmen, die philippinischen Muslime, auch bekannt als Moros, vor Vergeltungsangriffen und anderen Gewalttaten zu schützen, vor allem durch Mitglieder der Sicherheitskräfte der Regierung.
 6. Die philippinische Regierung sollte prioritär ein Büro ihrer nationalen Menschenrechtsinstitution in der ARMM einrichten, beginnend mit einer Verfügung, die das erlaubt. Die Menschenrechtskommission der Philippinen CHR sollte dann Büros in Muslim Mindanao einrichten, so dass sie für Opfer von Menschenrechtsverletzungen erreichbar ist. Die Regierung der ARMM muss dabei voll kooperieren.
 7. Die nationale Regierung sollte einen von allen kulturellen Gruppen akzeptierten Mechanismus der Überwachung, Untersuchung und Beendigung von Übergriffen durch private bewaffnete Milizen, feudale Clans und andere bewaffnete Gruppen mit ihren praktizierten bewaffneten Familienfehden einrichten und so eine Regierungsführung ermöglichen, die sich auf die Herrschaft des Rechtes in den vom Konflikt betroffenen Gebieten gründet, so dass lokale Gefechte unterbunden werden, die in schwere Kämpfe eskalieren könnten. Dies sollte die Regierung vor allem durch das Büro des Präsidentenberaters für den Friedensprozess erreichen, in Absprache mit den regionalen Beamten und mit der Zivilgesellschaft der Autonomen Region in Muslim Mindanao - ARMM.

8. Der philippinische Senat muss mit Priorität gewährleisten, dass die Gesetze gegen Folter und gegen unfreiwilliges „Verschwindenlassen“ in Übereinstimmung mit dem internationalen Menschenrecht stehen, insbesondere mit dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem „Verschwindenlassen“ und dem Übereinkommen gegen die Folter. Er muss diesen geplanten Gesetzen vor dem Ende der nächsten Sitzungsperiode zustimmen.
9. Der philippinische Staat sollte mit Priorität das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem „Verschwindenlassen“ ratifizieren und die Erklärungen abgeben, die in den Artikeln 31 und 32 des Übereinkommens gefordert sind, und damit die Zuständigkeit des Ausschusses für „Verschwindenlassen“ für die Entgegennahme von Individualbeschwerden und Staatenbeschwerden anerkennen. Die philippinische Regierung sollte dringend den bis jetzt noch nicht berücksichtigten Empfehlungen folgen, die Philip Alston, der UN-Sonderberichterstatter über außergerichtliche, summarische und willkürliche Hinrichtungen, in seinem Bericht von 2008 ausgesprochen hat.
10. Die philippinische Regierung sollte eine offene Einladung für die UN-Sonderprozeduren aussprechen, insbesondere für den Sonderberichterstatter über die Förderung und den Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung und für die Arbeitsgruppe für „Verschwindenlassen“, die beide mehrfach darum ersucht haben, die Philippinen zu besuchen.

Empfehlungen an die MILF

1. Die MILF sollte öffentlich ihre Verpflichtung erklären, die Menschenrechte aller Menschen zu respektieren. Sie sollte unmittelbar ihre Kämpfer, Gefolgsleute und Unterstützer anweisen, alle Handlungen, die zu Menschenrechtsverletzungen führen, einzustellen, insbesondere im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt.
2. Die MILF muss gewährleisten, dass ihre Kämpfer, Gefolgsleute und Unterstützer strikt die Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts befolgen. Sie muss ihren Kämpfern, Gefolgsleuten und Unterstützern unabhängig vom Rang klar machen, dass Verletzungen des humanitären Völkerrechts nicht geduldet werden, insbesondere nicht Angriffe auf Zivilisten und ziviles Eigentum und Objekte, sowie wahllose Angriffe. Mitglieder unter Verdacht solcher Verletzungen müssen von jeder Position entfernt werden, in der sie sie wiederholen könnten.
3. Die MILF muss mit der philippinischen Regierung kooperieren, um gemeinsame Untersuchungen zu ermöglichen, wenn Beschuldigungen schwerer Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen humanitären Völkerrechts erhoben werden, und Täter solcher Verletzungen vor ein ziviles Gericht zu bringen, in Verfahren, die internationalen Standards von Fairness entsprechen.
4. Die MILF sollte die Resultate ihrer Untersuchungen von Angriffen auf Zivilisten enthüllen, die von dreien ihrer Kommandeure im August 2008 begangen wurden. Sie sollte auch offen legen, welche von ihr behaupteten Strafen sie denen auferlegt hat, die sie als verantwortlich befunden hat.

Empfehlungen an die internationale Gemeinschaft

Amnesty International ruft die internationale Gemeinschaft auf, Maßnahmen für unabhängige Menschenrechtsbeobachter zu unterstützen, um Berichte über Verletzungen durch beide Konfliktparteien zu dokumentieren. Das Ziel soll sein, die Erfüllung der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts zu verbessern, insbesondere:

1. Amnesty International ruft multilaterale Organisationen wie die Organisation der Islamischen Konferenz und die Europäische Union auf, die beide Interesse bekundet

haben, den Friedensprozess zu unterstützen, Hilfestellung bei der Etablierung internationaler Menschenrechtsbeobachter für Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts, die im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt begangen wurden und werden, zu leisten.

2. Amnesty International ruft die internationale Gebergemeinschaft auf, die Ausweitung unabhängiger lokaler Teams von Menschenrechtsbeobachtern zu unterstützen. Das Ziel ist, eine systematischere und koordinierte Dokumentation und eine Berichterstattung von Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts in den vom Konflikt heimgesuchten Gebieten zu erhalten.

Endnoten:

1 Erklärt durch das Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), eine internationale Organisation die Vertreibung aufgrund von Konflikten beobachtet.

2 Norwegischer Flüchtlingsrat, "Global Overview of Trends and Developments in 2008", Mai 2009. <http://www.nrc.no/?did=9408780>, letzter Zugang 2 Juli 2009.

3 Manny Mogato, "Philippines asks aid agencies to limit food rations", Thomson Reuters, 3 June 2009, <http://www.reuters.com/article/asiaCrisis/idUSMAN479139>, letzter Zugang 5. Juni 2009.

4 National Disaster Coordinating Council, "NDCC Update Sitrep 86 re: IDPs in Mindanao", 14. Juli 2009.

5 Zentralmindanao or Region XII besteht aus den Provinzen South Cotabato, Cotabato, Sultan Kudarat, Sarangani und den Städten Cotabato, General Santos, Kidapawan, Koronadal and Tacurong.

6 ARMM besteht aus den Provinzen Maguindanao, Lanao del Sur, Basilan, Sulu, Tawi-tawi, und den zwei Städten Marawi und Isabela.

7 In diesem Bericht wird der Begriff „politische Morde“ verwendet für ungesetzliche Tötungen durch Sicherheitskräfte der Regierung oder bewaffnete Gruppen. Der Begriff „ungesetzliche Tötungen“ im Zusammenhang mit diesem Bericht schließt auch gezielte Tötung von Zivilisten und anderen Nichtkombattanten durch Sicherheitskräfte der Regierung oder bewaffnete Gruppen ein sowie Tötungen durch unverhältnismäßige und wahllose Angriffe.